

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 11

des Abgeordneten Heiko Melzer (CDU)

aus der 9. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Februar 2012 und **Antwort**

Wie weiter mit open data im Land Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Welchen konkreten Nutzen erwartet der Berliner Senat für die Berliner Unternehmen durch open data?

Zu 1.: Die Europäische Kommission schätzt den Wert der öffentlichen Daten auf 40 Mrd. EUR. Durch Verarbeitung und Veredelung der Daten kann ein Markt von 140 Mrd. EUR entstehen. Allein die Mehrwertsteuer würde europaweit mehr als 20 Mrd. EUR Einnahmen ausmachen.

Insofern entstehen für die öffentliche Hand weniger die Einnahmeverluste in Millionenhöhe durch die kostenfreie Bereitstellung von Daten als vielmehr Milliarden-einnahmen durch die sich entwickelnde Geschäftstätigkeit in diesem Segment.

Dies will der Senat mit seinem Vorgehen unterstützen.

Obwohl das Berliner Datenportal im Rahmen eines Probetriebes gestartet wurde, sind bereits im Projektzeitraum zahlreiche mobile Applikationen (Apps) auf der Basis von Berliner Datensätzen entstanden.

So stand schon zwei Tage nach der Berliner Wahl eine Wahl-App bereit. Die Wahl-App hat wahlbezirksgenau den mobilen Zugriff auf die Ergebnisse ermöglicht. Es ist auch eine Ozon-App und eine App zum Fluglärm entstanden. Kurz nachdem die Liste der Berliner Weihnachtsmärkte eingestellt wurde, ist eine Weihnachtsmarkt-App veröffentlicht worden. Der Testbetrieb zeigte also bereits erste kommerzielle Verwertungen. Die Nutzerstatistik weist ferner aus, dass diese Angebote auch angenommen werden. In sehr kurzer Zeit ist also eine Wertschöpfungskette aus der Freigabe unserer Daten – wenn auch auf schmaler Projektbasis – bis hin zum Kunden entstanden.

Ein weiteres Beispiel ist der gerade geschlossene bundesweite Apps-Wettbewerb „Apps4Deutschland“. In den Kategorien „Ideen“ und Applikationen“ sind mehr als 100 Vorschläge eingereicht worden. Mehr als 10 Prozent

der Einsendungen bauen auf Berliner Datensätzen auf. Berlin hat einen Sonderpreis bei Nutzung unserer Daten ausgelobt. Damit die Idee auch umgesetzt wird, ist der Berliner Preis mit professioneller Unterstützung für den Entwickler ausgestattet. Dieser Preis wird durch Sponsoren, wie dem ITDZ, erbracht

2. Welches sind die nächsten geplanten Schritte /Vorhaben, um den open data-Gedanken in der Berliner Verwaltung konsequent voran zu treiben?

Zu 2.: Die Projektgruppe zum Open Data-Konzept hat gerade ihren Abschlussbericht vorgelegt. Er wurde kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht ist online und kann heruntergeladen werden (<http://bln.io/bEw5i3q>).

Der Bericht analysiert die organisatorischen, rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für die weitere Öffnung der Datenbestände. Und er macht in 39 Handlungsempfehlungen Vorschläge, wie dieser Weg in der nächsten Zeit beschritten werden kann.

Damit wird sich der Senat jetzt befassen. Der zuständige Staatssekretärsausschuss für die Verwaltungsmodernisierung hat dies bereits in seiner ersten Sitzung am 5. März 2012 getan. In diesem Gremium für eGovernment und Verwaltungsmodernisierung sind alle Senatsverwaltungen vertreten. Den Vorsitz führt der Chef der Senatskanzlei.

Voran steht die Frage des Übergangs aus dem Projektbetrieb in den Regelbetrieb. Hierzu müssen Zahlen erhoben werden, denn Erfahrungen – auch in anderen Städten – gibt es hierzu nicht. Berlin ist die erste Stadt in Deutschland, die ein solches Angebot an Bürger/innen, Medien und Unternehmen macht. Bis zum Sommer 2012, wenn der nächste Berlin Open Data Day stattfindet, soll der Regelbetrieb realisiert sein.

In diesem Zeitraum wird auch das E-Government- und Organisationsgesetz in die parlamentarischen Beratungen gehen. Es wird die rechtliche Grundlage für ein aktives Bereitstellen von Datenbeständen der öffentlichen Hand festigen.

Der Staatssekretärsausschuss wird sich auch mit weiteren Handlungsempfehlungen der Studie befassen. So sind Schulungen und Qualifizierungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu entwickeln, um den Gedanken auch praktisch umsetzen zu können. Die Umsetzung des Open-Data-Gedankens stellt einen Kulturwandel in der Verwaltung hin zu einer transparenten Behörde dar. Dies ist nicht auf Knopfdruck zu erreichen, sondern wird den Senat (und die Bezirke) mehrere Jahre beschäftigen.

Letztlich wird aber keine Berliner Insellösung gebaut. Daher bringt sich Berlin in die neue Bund-Länderarbeitsgruppe zu diesem Thema ein.

Im europäischen Rahmen arbeitet Berlin in einem EU-Projekt „Open Cities“ und im EuroCities-Netzwerk mit. Allein in diesem Netzwerk haben sich 22 Städte quer durch Europa von Helsinki über Wien bis Barcelona in einer Working Group zusammengefunden, um sich zu diesem Thema auszutauschen und zusammenzuarbeiten. Berlin hat die Federführung dieser europäischen Arbeitsgruppe übernommen.

Damit macht der Senat erste Schritte zu seinem Regierungsziel von mehr Transparenz, mehr Partizipation und mehr Effizienz.

Berlin, den 06. März 2012

In Vertretung

Nicolas Z i m m e r

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Mrz. 2012)